



Zug, 2. Sept. 2022

Ausblick auf den Abstimmungs- und Wahlsonntag vom 25. September 2022: SP Kanton Zug empfiehlt Sarah Schneider zur Wahl ins Verwaltungsgericht und sagt 1x Ja und 3x Nein

Sarah Schneider soll den Sitz im Verwaltungsgericht für die SP halten. Zudem sagt die SP Kanton Zug bei den eidgenössischen Vorlagen Ja zur Massentierhaltungsinitiative, Nein zu den AHV-Revisionsvorlagen und zur Abschaffung der Verrechnungssteuer.

Die SP Kanton Zug empfiehlt – wie bereits früher orientiert – ihre Kandidatin Sarah Schneider zur Wahl ins Verwaltungsgericht. Schneider (41) aus Zug ist in Steinhausen aufgewachsen und lebt mit ihrer Familie in Zug. Sie hat an den Universitäten Zürich und Luzern Rechtswissenschaften studiert und 2009 das Zuger Anwaltspatent erworben. In den letzten Jahren war sie als Anwältin in verschiedenen Kanzleien und diverse Jahre bei einem grossen Krankenversicherungsunternehmen tätig. Sie bringt weitreichende Kompetenzen, fundiertes Fachwissen und die nötige Erfahrung für das verantwortungsvolle Amt mit.

Die SP Kanton Zug sagt Nein zu den AHV-Vorlagen. Die Finanzierungsspritze über die Mehrwertsteuer bedeutet teurere Preise für alle. Dies trifft Menschen mit tiefen Einkommen besonders hart. Die SP Kanton Zug sagt auch Nein zur Erhöhung des Rentenalters für Frauen. Denn solange Frauen die Mehrheit der unbezahlten Care-Arbeit übernehmen, für Teilzeit- und Niedriglohnjobs keine Möglichkeit besteht, eine existenzsichernde Rente anzusparen, ist die Angleichung des Rentenalters kein Schritt Richtung Gleichberechtigung, sondern eine zusätzliche Verschlechterung der bereits prekären Altersvorsorge für Frauen aller Einkommensschichten mit den unterschiedlichsten Lebensmodellen.

Die SP Kanton Zug sagt Nein zur Abschaffung der Verrechnungssteuer für Grossunternehmer und Grossanlegerinnen. Sie schafft zusätzliche Privilegien für Grossunternehmer, da sie nur für diese eine Gruppe abgeschafft wird. Die SP wehrt sich dezidiert gegen weitere einseitige Steuerprivilegien für die Reichsten.

Die SP Kanton Zug sagt Ja zur Massentierhaltungsinitiative. Gemäss Bundesrat wären nur rund 5 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe von der Initiative betroffen. Dazu gehören Mastbetriebe, die zurzeit bis zu 27'000 Hühner, 1'500 Schweine oder 300 Rinder in einem Stall halten. Die SP ist klar für die Verankerung von Regeln, die dem Tierwohl dienen und eine Förderung der umwelt- und klimaschonenden Landwirtschaft, wie es schon viele Bauernbetriebe in der Schweiz umsetzen.

Kontakt:

Barbara Gysel, Präsidentin SP Kanton Zug, 079 579 55 55, praesidium@sp-zug.ch